

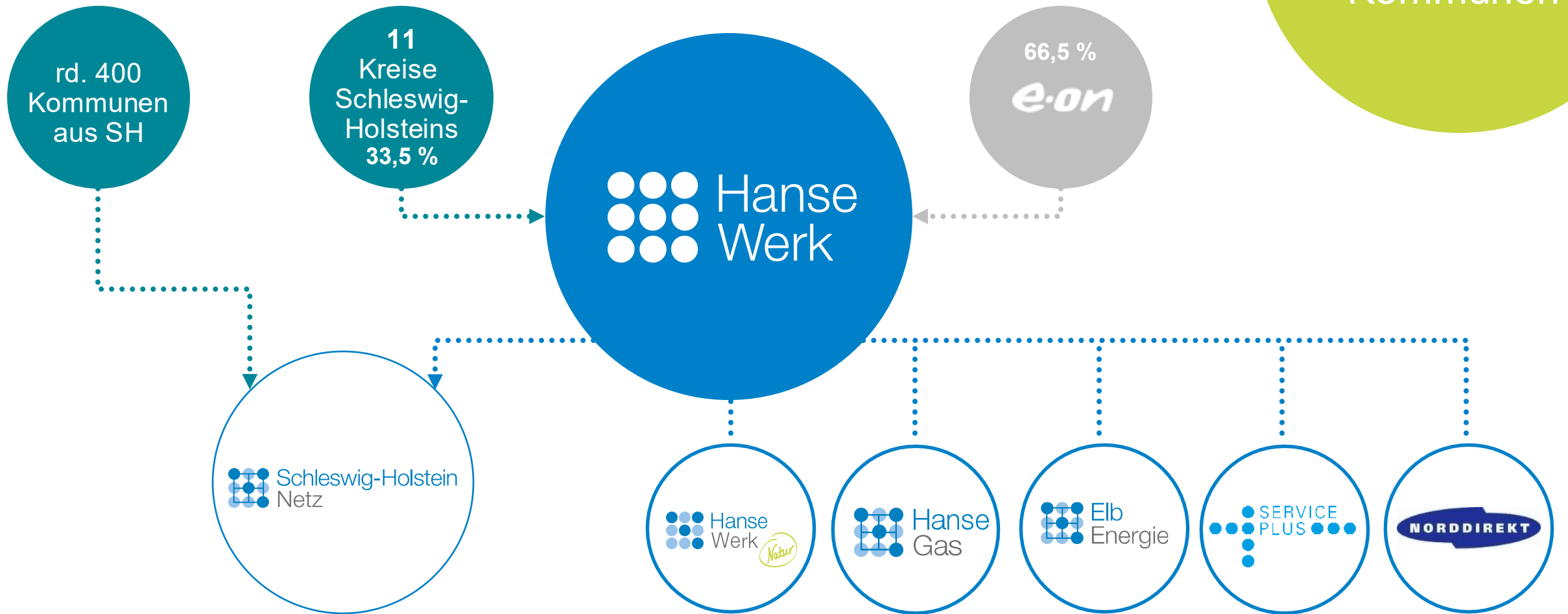
**Partner
für Klimaschutz**

Der Maschinenraum der Energiewende vor Ort

Umspannwerk Husum Nord
29.10.2025



Die HanseWerk-Gruppe im Überblick



Gemeinsam setzen wir die Energiewende vor Ort um



Wir versorgen rund

3,0

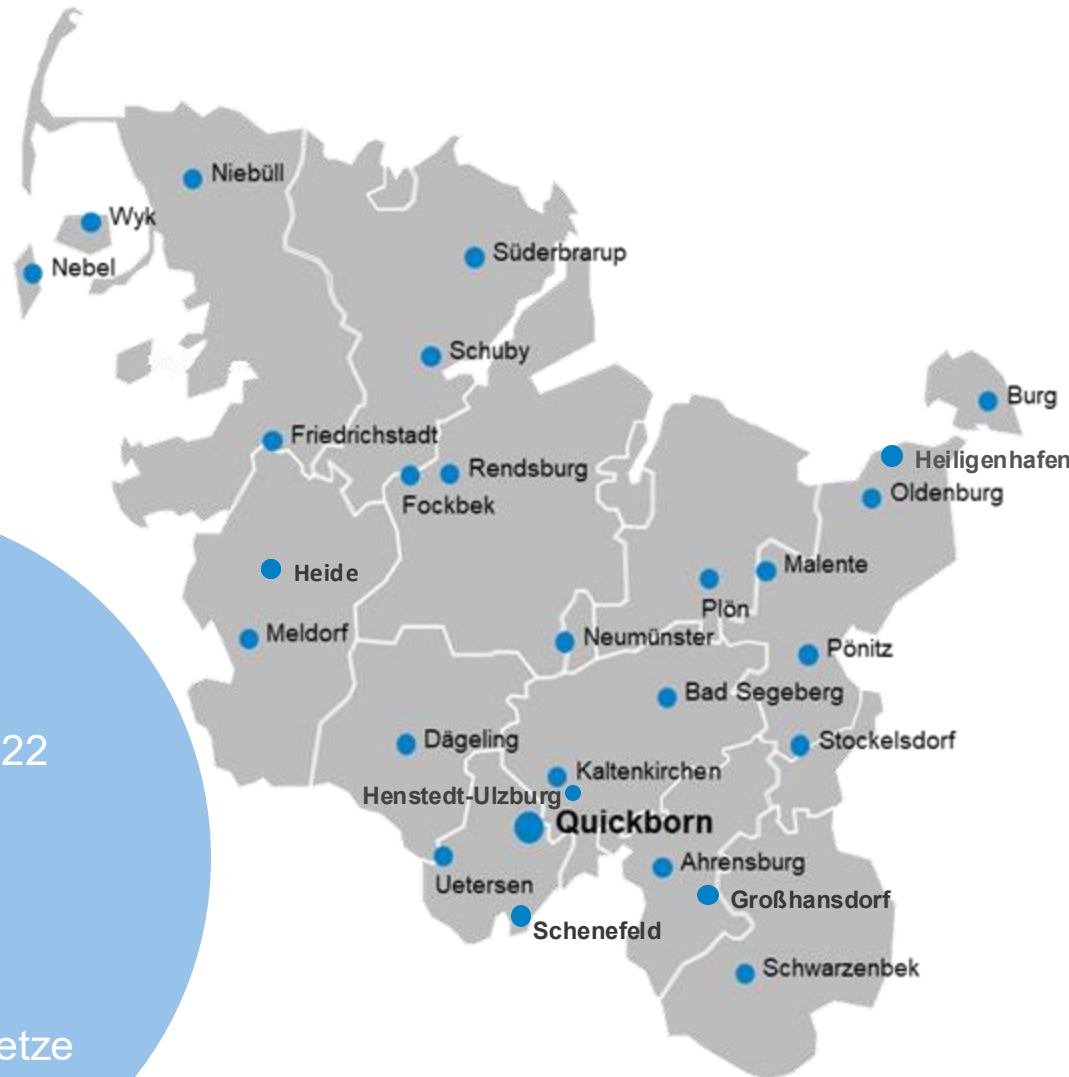
Mio. Kundinnen und Kunden



Wir haben seit 2022
rund

1,0

Mrd. € in unsere Netze
investiert

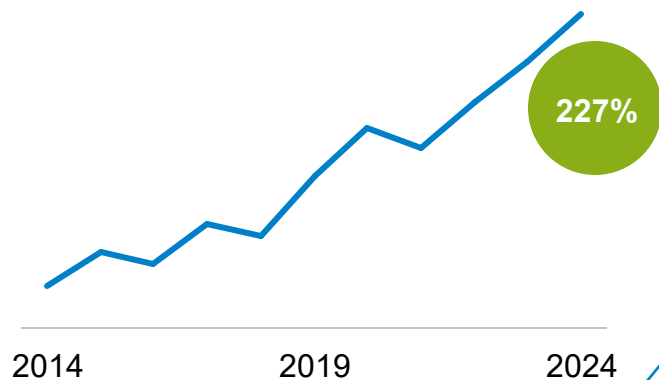


Die Anzahl unserer
Mitarbeiterinnen und
Mitarbeiter ist seit 2022 um

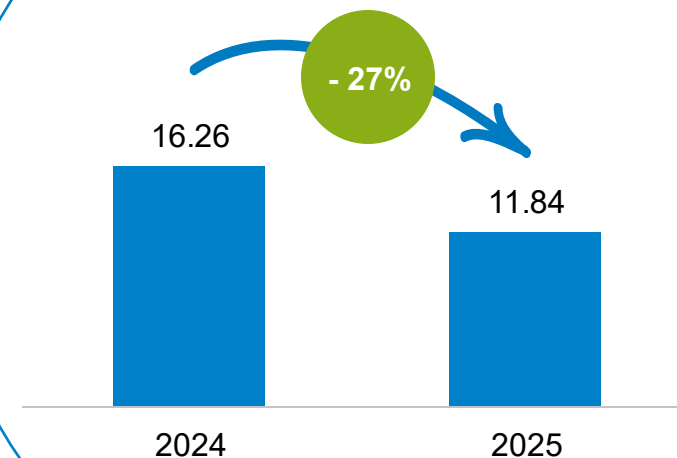
36%
gestiegen

Das haben wir
bisher schon
erreicht

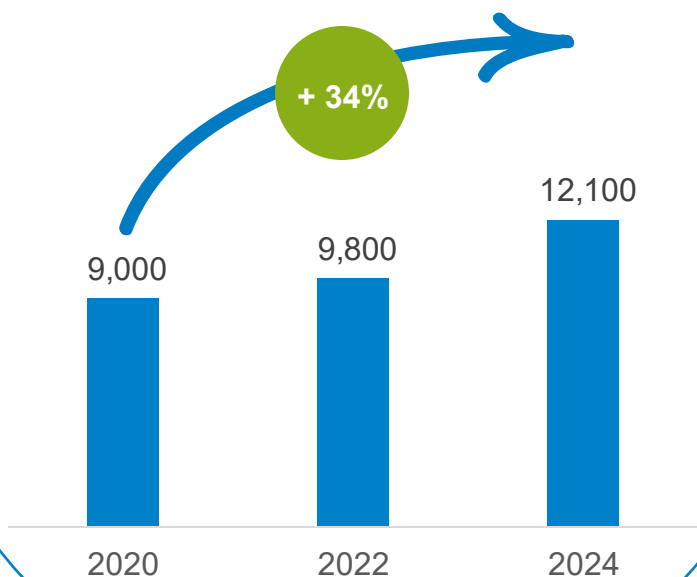
Steigender EE-Anteil in unserem Stromnetz (in Prozent)



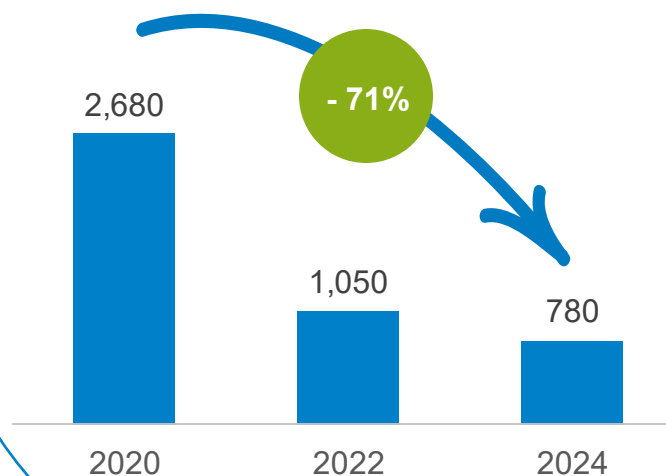
Netzentgelte für Haushaltskunden (in ct/kWh)



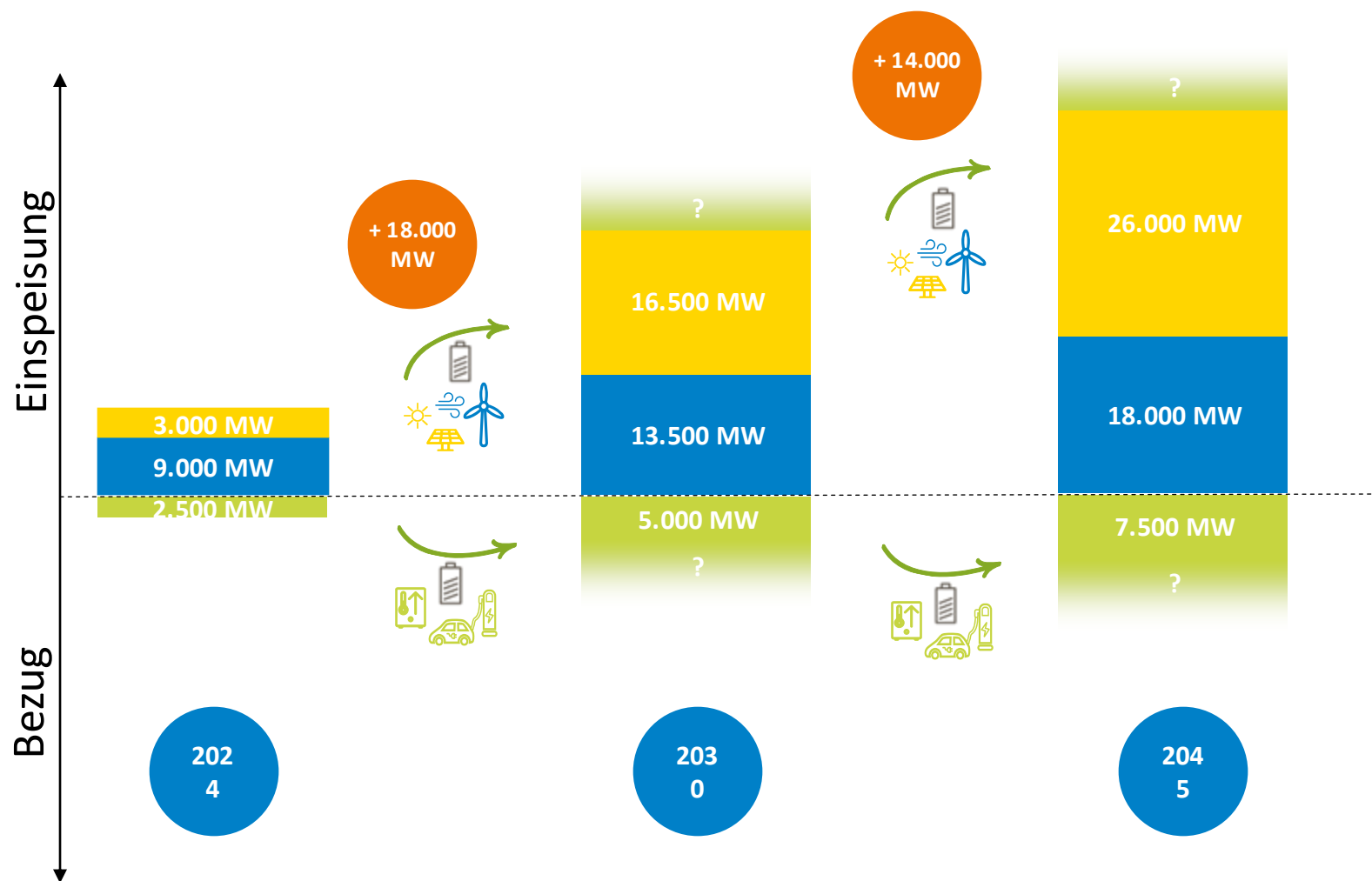
Installierte EE-Leistung (in MW)



Abregelung von EE- Anlagen an Land (in GWh)



Schleswig-Holstein geht mit ambitionierten Klimazielen voran



Der Ausbaubedarf im Netz ist gewaltig

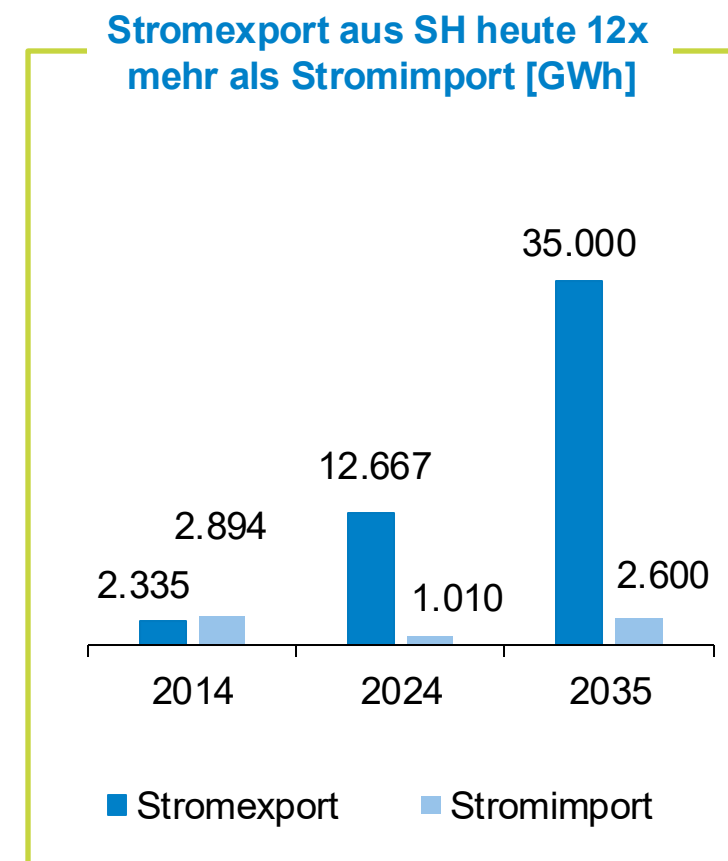
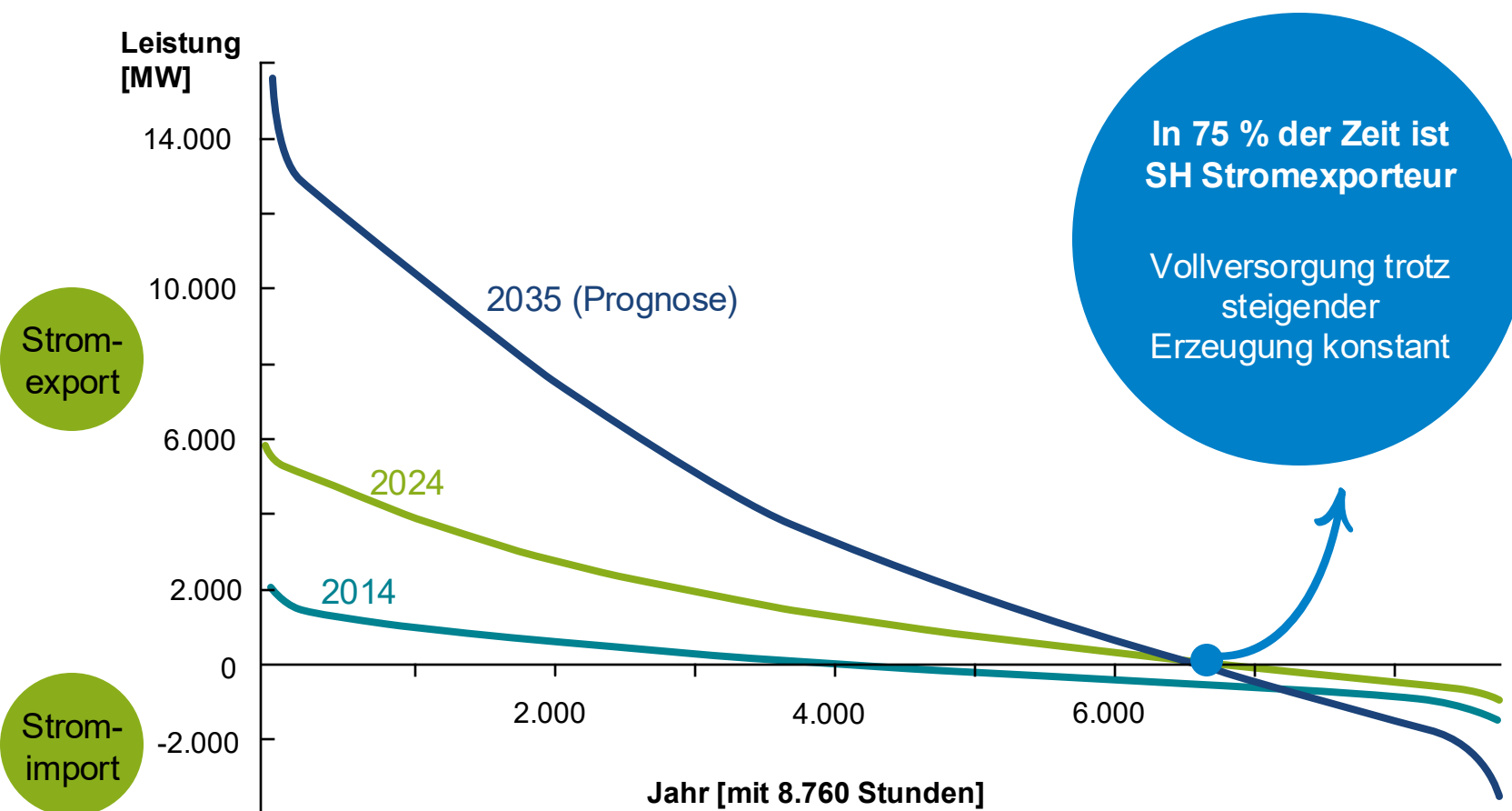
Über 10.000 km Stromleitungen und rund 220 Umspannwerke müssen gebaut werden.

Allein 65% des Hochspannungsnetzes in SH wird erneuert.

Mit Smart Metern, digitalen Ortsnetzstationen und Smart Grid wird die Netzeffizienz gesteigert.

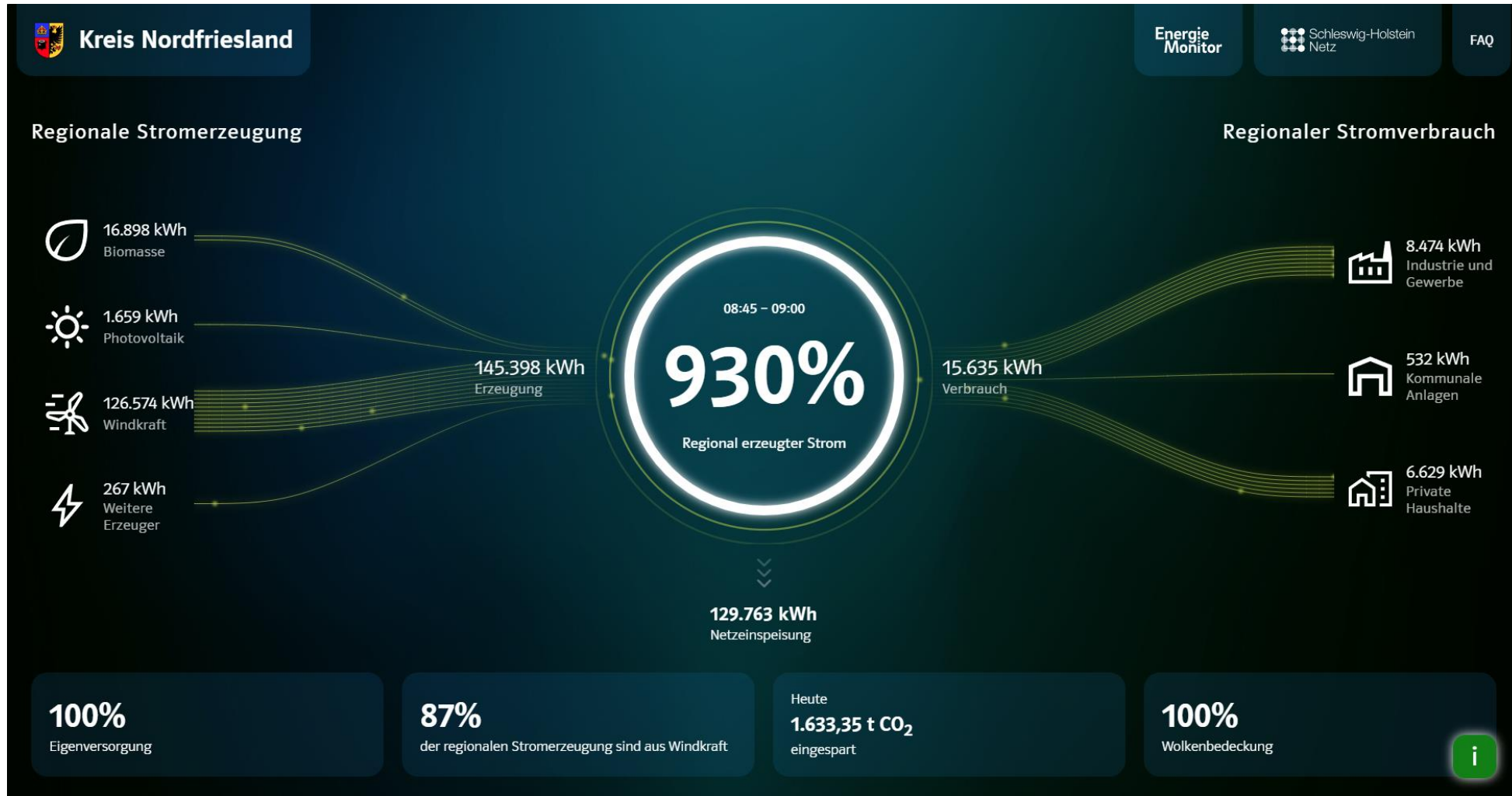
Schleswig-Holsteins Grünstromexport wird weiter steigen

7



EnergieMonitor: ¼ h Auszug Kreis Nordfriesland

8



Unsere dringendsten Anliegen



Netzanschluss von EE-Anlagen

Optimierung der Netzauslastung ermöglichen



Rahmen für Lasten und Speicher

Netzdienliche Lasten anreizen und priorisieren



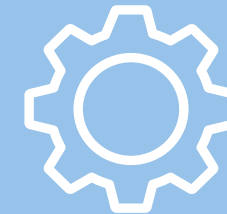
Finanzierung von Netzinvestitionen

Regulierungsrahmen und Kostenverteilung
zukunftsicher aufstellen



Absicherung der Beschäftigungsbedingungen

Weiterentwicklung der dnbK und Tempo
bei der Energiewende



Noch Fragen?

Sprechen Sie uns an!



Jörg Rudat

Partnerschaften & Politik

T 04106 6299237

M 0171 2210018

E-Mail joerg.rudat@hansewerk.com



Tim Richert

Partnerschaften & Politik

M 0171 2210010

E-Mail tim.richert@hansewerk.com



Andrea Hansen

Kommunalmanagerin

T 04106 6293500

M 0171 5566771

E-Mail andrea.hansen@sh-netz.com



Peter Grau

Betriebsrat

T 04106 6293868

M 0160 7116023

E-Mail peter.grau@sh-netz.com



Partner
für Klimaschutz

Unser 10-Punkte-Plan für eine sichere,
bezahlbare und klimaneutrale
Energieversorgung im Norden

Mehr Energie. Weniger CO₂

Unser 10-Punkte-Plan für eine sichere, bezahlbare und klimaneutrale Energieversorgung im Norden

Kosteneffiziente Transformation des Stromnetzes voranbringen

- 1 Flexiblen netzorientierten EE-Ausbau vorantreiben
- 2 Netzdienliche Integration von Speichern sicherstellen
- 3 Digitalisierung in Energienetzen fördern
- 4 Transformation der Energieinfrastruktur zukunftsfähig regulieren

Wärmewende vorausschauend und verantwortungsvoll gestalten

- 5 Kommunen bei der Wärmeplanung unterstützen und diese planungssicher umsetzen
- 6 Faire Preisbildungsregeln für grüne Wärmenetze schaffen
- 7 Orientierungsrahmen für Gasverbraucher sowie für Netz- und Speicherbetreiber sicherstellen
- 8 Rechtsrahmen zur Nachnutzung einzelner Gasleitungen für klimaneutrale Gase entwickeln

Marktorientierte Umsetzung der Transformation unterstützen

- 9 Genehmigungsverfahren beschleunigen und Bürokratie entschlossen abbauen
- 10 Kosteneffizienz bei Maßnahmen der Energiewende verstärkt fokussieren

Kosteneffiziente Transformation des Stromnetzes voranbringen

1

Flexiblen netzorientierten EE-Ausbau vorantreiben

Die Errichtung einer langlebigen Infrastruktur kann sich nicht am politischen Tagesgeschäft orientieren. Für eine schnelle, kostenoptimierte und akzeptanzsichernde Umsetzung der Energiewende brauchen wir Planungssicherheit, eine Synchronisierung von Netz- und EE-Ausbau sowie die Ansiedlung neuer netzdienlicher (Groß-)Verbraucher. Daher fordern wir:

- Stärkung flexibler Netzanschlussverträge mit klarem Rechtsrahmen
- Förderung und Priorisierung der Mehrfachnutzung von Netzanschlusspunkten
- Begrenzung der Redispatch-Kosten durch Redispatch-Vorbehalt oder vergleichbare Instrumente
- Rechtssichere Alternativen zum Windhundverfahren, z.B. durch die Priorisierung netzdienlicher Lasten

2

Netzdienliche Integration von Speichern sicherstellen

Insbesondere leistungsstarke Batteriespeicher können das Verteilnetz in Regionen mit Netzengpässen entlasten – bei falschem Einsatz aber auch belasten. Speicher sollten keinen zusätzlichen Netzausbau auslösen, sondern sich vielmehr im Sinne des Verteilnetzes verhalten, um Engpässe zu reduzieren und die optimale Auslastung der Infrastruktur zu unterstützen. Daher fordern wir:

- Gewährleistung einer mindestens netzneutralen Integration von Batteriespeichern
- Klarer rechtlicher Rahmen und ausgestaltete Marktprozesse für Batteriespeicher
- Sicherstellung der Systemkosteneffizienz durch Abstimmung von Marktorientierung und Netzdienlichkeit

3

Digitalisierung in Energienetzen fördern

Um die Netzkosten zu minimieren, nutzen wir erfolgreich das NOVA-Prinzip (**Netzo**ptimierung vor **-ver**stärkung, vor **-aus**bau). Auch künftig ist der Einsatz digitaler und innovativer Technologien essenziell, um Netzkapazität optimal zu nutzen und die Sektoren Strom, Wärme und Mobilität bestmöglich zu verbinden. Bislang wird die Digitalisierung der Netze jedoch nicht gleichermaßen unterstützt wie der Bau neuer Anlagen. Daher fordern wir:

- Schaffung regulatorischer Anreize für einen digitalisierten Netzbetrieb
- Sicherstellung des Smart-Meter-Rollouts, u.a. durch eine angemessene Erhöhung der Preisobergrenzen

4

Transformation der Energieinfrastruktur zukunftsfähig regulieren

Der Regulierungsrahmen zielt weiter einseitig darauf ab, die Betriebskosten der Netze zu senken und setzt dabei eine weitgehend konstante Versorgungsaufgabe voraus. Für die grundlegende Transformation des Energiesystems werden jedoch Anreize für enorme Investitionen sowie ein Ausgleich für zusätzliche Betriebskosten (z.B. für Digitalisierung) benötigt. Gleichzeitig sollte die erweiterte Befugnis der BNetzA durch wirksame politische oder rechtliche Mechanismen ausbalanciert werden. Daher fordern wir:

- Regulatorische Anerkennung steigender OPEX
- Zukunftssichere und kapitalmarktadäquate Eigenkapitalverzinsung

Wärmewende vorausschauend und verantwortungsvoll gestalten

4

5

Kommunen bei der Wärmeplanung unterstützen und diese planungssicher umsetzen

Die kommunale Wärmeplanung kann ein Schlüssel sein, um die klimaneutrale Wärmeversorgung voranzubringen, indem der jeweils kosteneffizienteste und beste Weg vor Ort ermittelt wird. Dafür muss sie aber niedrigschwellig ausgestaltet sein und Planungssicherheit für die Umsetzung bieten. Daher fordern wir:

- Einfache datengestützte Werkzeuge zur Durchführung des verkürzten Verfahrens für kleine Kommunen
- Eine Lenkungswirkung durch die kommunale Wärmeplanung, z.B. keine Förderung individueller Wärmepumpen in geplanten Wärmenetzgebieten
- Wärmenetze sollten nur dort entstehen, wo sie auch aus Kundenperspektive wirtschaftlich sinnvoll sind

6

Faire Preisbildungsregeln für grüne Wärmenetze schaffen

Neben Investitionen in die Erschließung neuer Netze, müssen Nah- und Fernwärmeversorger müssen große Investitionen in die Dekarbonisierung existierender Wärmenetze tätigen. Entsprechend wichtig ist, dass Netzbetreiber die Kostenänderungen aus der Dekarbonisierung weitergeben können. Gleichzeitig dürfen die Kunden aber nicht überlastet werden. Daher fordern wir:

- Bei der Dekarbonisierung von Wärmenetzen muss eine einseitige Kostenanpassung möglich sein
- Die Gebäudeanschlusskosten von Kunden an „grüne Wärmenetze“ sollten zusätzlich gefördert werden
- Eine offene Kommunikation aller Seiten zu ggfs. höheren Kosten zu Beginn der Umstellung (bis die Vorteile gegenüber den CO₂-Kosten greifen)

7

Orientierungsrahmen für Gasverbraucher sowie für Netz- und Speicherbetreiber sicherstellen

Im Übergang zu einer klimaneutralen Wärmeversorgung bleiben Gasnetze und -speicher unerlässlich, um Kunden sicher zu versorgen. Parallel wird aber eine steigende Verbraucheranzahl auf Alternativen umsteigen. Um das Netz bezahlbar zu halten und die ggfs. weiterhin benötigte Infrastruktur in ein neues System zu integrieren, bedarf es eines frühzeitigen und sicheren Ausstiegsrahmens. Daher fordern wir:

- Rahmen für die strukturierte Stilllegung der Gasnetze zeitnah gestalten und kommunizieren
- Verpflichtungen zum Gasnetzrückbau auf das Notwendigste reduzieren
- Einbezug aller potenziellen Wasserstoffspeicher in die zukünftige Energiesystemplanung
- Stilllegung von Leitungen auf öffentlichem und privatem Grund regeln

8

Rechtsrahmen zur Nachnutzung einzelner Gasleitungen für klimaneutrale Gase entwickeln

Mit dem Klimaneutralitätsziel wird ein großer Teil des Erdgasnetzes absehbar nicht mehr genutzt werden. Bei geeigneten Rahmenbedingungen und einem entsprechenden Bedarf kann ein begrenzter Teil der Leitungen allerdings für klimaneutrale Gase wie Wasserstoff und Biomethan verwendet werden. Daher fordern wir:

- Schaffung eines attraktiven Regulierungsrahmens für das Wasserstoffanschlussnetz von Gewerbe- und Industriekunden sowie inländischer H₂-Erzeugung
- Gestaltung eines regulatorischen Rahmens zum Umgang mit Kosten bei der Transformation von Erdgas zu Wasserstoff
- Rahmen zu Erschließung und Betrieb von Netzclustern für Biogasanlagen mit langfristiger Versorgungsperspektive

Marktorientierte Umsetzung der Transformation unterstützen

9

Genehmigungsverfahren beschleunigen und Bürokratie entschlossen abbauen

Komplexe Genehmigungsverfahren, übermäßige Dokumentationspflichten und langsame Behördenabläufe kosten viel Zeit und Ressourcen. Bisherige Maßnahmen zur Planungsbeschleunigung gehen am Verteilnetz weitgehend vorbei. Daher fordern wir:

- Detailvorgaben und Komplexität bei Dokumentationspflichten und Genehmigungsverfahren reduzieren
- Bessere Nutzung möglicher Ermessensspielräume von Seiten der Behörden
- Konsequente Digitalisierung von Genehmigungsverfahren
- Anerkennung von Standards und entschlossene Vermeidung von Individuallösungen

Speziell für das Stromnetz fordern wir:

- Aufnahme der Hochspannungsnetze in den gesetzlichen Beschleunigungskreis
- Erleichterungen beim Ersatzneubau von Stromleitungen in bestehenden Trassen - „Repowering“

10

Kosteneffizienz bei Maßnahmen der Energiewende verstärkt fokussieren

Ausufernde Kosten bei der Transformation des Energiesystems sind volkswirtschaftlich ineffizient und stellen ein großes Problem für die Akzeptanz der Energiewende dar. Um die Attraktivität des Wirtschaftsstandortes Deutschland wie auch die Akzeptanz der Energiewende in der Bevölkerung zu sichern, ist es wichtig, dass Energie bezahlbar bleibt und die Transformation des Energiesystems effizient gestaltet wird. Daher fordern wir:

- Staatliche Fördermittel und Investitionen auf eine kosteneffiziente Dekarbonisierung konzentrieren
- Förderrichtlinien für Investitionsfonds unbürokratisch ausgestalten
- Eine bessere Nutzung von Sektorensynergien, um Systemkosten zu senken und Ressourcen optimal zu nutzen

Speziell für das Stromnetz fordern wir:

- Verursachergerechte Verteilung der Netzkosten
- Differenzierte Baukostenzuschüsse für alle Kundengruppen

Detaillierte Forderungen

Flexiblen netzorientierten EE-Ausbau vorantreiben

Thema

Netzausbau, EE-Integration

Betroffene Vorschriften

EnWG, EEG sowie ggfs. nachgelagerte Verordnungen und/oder behördliche Festlegungen

Aktuelle Situation

- Ausbau der EE-Anlagen boomt, insbesondere der PV-Freiflächenanlagen
- Dynamischer Zubau der leistungsstarken EE-Anlagen bei zurzeit noch nachlaufendem Netzausbau darf nicht zu zusätzlichen Systemkosten führen
- In Gebieten, wo es häufig zu einspeisebedingten Engpässen im Netz kommt, kann die Ansiedlung von (großen) netzdienlichen Stromabnehmern Engpässe reduzieren und zu einer Kostendämpfung der Netzentgelte beitragen
- Gleichzeitig gibt es einzelne Regionen im Netzgebiet mit sehr hohem Bezug, in denen die Netzkapazitäten bereits stark ausgereizt sind und zusätzliche Abnehmer die Situation verschärfen würden



Unsere Forderungen

- Planungssicherheit und Synchronisierung von Netz- und EE-Ausbau verbessern durch eine verbindliche Netzausbauplanung nach EnWG und die Ablösung der Netzausbaupflicht gemäß EEG
- Stärkung von flexiblen Netzanschlussverträgen mit klarem Rechtsrahmen
- Förderung und Priorisierung von Mehrfachnutzung von Netzanschlusspunkten
- Einführung eines temporären „Redispatch-Vorbehalts“ für Neuanlagen in Engpassregionen
- Weiterentwicklung der Vergabe von Netzanschlusskapazitäten (z.B. Kontingentierung von Anschlusskapazität)
- Schaffung von Anreizen zur Ansiedelung von netzdienlichen (Groß-) Stromverbrauchern in einspeiseseitigen Engpassregionen
- Möglichkeit mehr Schaltfelder an Umspannwerken vorzusehen, als derzeit bedarfsgerecht und Einführung eines Vorbehalts für Erweiterungsflächen an Umspannwerken

Netzdienliche Integration von Speichern sicherstellen

Thema

Batteriespeicher, Flexibilitätsoptionen, Netzeingänge

Betroffene Vorschriften

EnWG, EEG sowie ggfs. nachgelagerte Verordnungen und/oder behördliche Festlegungen

Aktuelle Situation

- Speicher vor Netzeingängen, können die Abregelung von Strommengen und damit zusätzliche Systemkosten verhindern
- Bei falschem Einsatz können Speicher das Stromnetz zusätzlich belasten und ggf. Redispatch bis hin zu Netzausbau auslösen
- Herausfordernd ist die Umsetzung und Abrechnung von Redispatch bei Speichern sowie der bestehende Konflikt zwischen Redispatch und Regelleistungserbringung
- Unklarer Rechtsrahmen rund um Batteriespeicher, da diese sowohl Letztverbraucher als auch Erzeuger sind (u.a. Baukostenzuschüsse, Netzausbaupflicht, Anschlussbedingungen)



Unsere Forderungen

- Einführung eines eigenen Gesetzes für Energiespeicher mit klaren Anschlussregeln und ausgestalteten Markprozessen zur Vermeidung kleinteiliger Ergänzungen in bestehenden Regelungen
- Sicherstellung der Systemkosteneffizienz durch Abstimmung von Marktorientierung und Netzdienlichkeit
- Integration von Batteriespeichern mindestens netzneutral gewährleisten (keine Netzbelastung von Speichern entlang technischer und netzwirtschaftlicher Kriterien)
- Entwicklung einer netzdienlichen Fahrweise und Priorisierung eindeutig netzdienlicher Speicherprojekte (u.a. Privilegierung, BKZ)
- Förderung von Grünstromspeichern neben Erzeugungsanlagen
- Vermeidung zusätzlicher Systemkosten durch Aufbau einer Speicherinfrastruktur (u.a. Redispatch, Netzausbau)

Digitalisierung in Energienetzen fördern

Thema

Digitalisierung, Innovation

Betroffene Vorschriften

EnWG, MsbG, Regulierungsrahmen

Aktuelle Situation

- Die Digitalisierung der Energieinfrastruktur ist entscheidend für einen sicheren und effizienten Netzbetrieb
- Sektorenkopplung und Flexibilitätsoptionen haben großes Potenzial für die Netzstabilität, die durch mangelnde Digitalisierung noch nicht ausgeschöpft werden
- Die wirtschaftlichen Rahmenbedingungen geben bisher keinen Anreiz für einen forcierten kundenorientierten Smart-Meter-Rollout



Unsere Forderungen

- Schaffung von regulatorischen Anreizen für die Nutzung digitaler und innovativer Technologien im Netzbetrieb
- Aufnahme der Hochspannungsnetze in § 49b EnWG zur temporären Höherauslastung durch Freileitungs- und Auslastungsmonitoring
- Erhöhung der Preisobergrenze für den Einbau von intelligenten Messsystemen (Smart-Meter)
- Intelligente Messsysteme und Steuerung für Einspeiseanlagen erst ab 7 kW (statt 2 kW)

Transformation der Energieinfrastruktur zukunftsfähig regulieren

Thema

Anreizregulierung, Betriebskostenanerkennung

Betroffene Vorschriften

Regulierungsrahmen, EnWG

Aktuelle Situation

- Aktueller Regulierungsrahmen setzt konstante Versorgungsaufgabe voraus und belohnt Betriebskostensenkung durch Effizienzvergleich
- Zur Transformation der Energieversorgung fallen enorme Investitionen für den Netzausbau sowie zusätzliche Betriebskosten, u.a. zur Höherauslastung vorhandener Kapazitäten durch digitale Instrumente an
- Eine Anerkennung der notwendigen Aufwendungen sowie eine vorausschauende und damit kosteneffizientere Netzplanung ist durch die Regulierung aktuell nicht gegeben
- Neue Unabhängigkeit der BNetzA durch EuGH-Urteil bei Regulierungsentscheidungen hat direkten Einfluss auf Energiewendefähigkeit der Energieinfrastruktur



Unsere Forderungen

- Ausrichtung der Leitplanken des regulatorischen Anreizsystems auf das Ziel der Klimaneutralität
- Sicherstellung einer zukunftssicheren und kapitalmarkadäquaten Eigenkapitalverzinsung sowie Berücksichtigung notwendiger Investitionen im NEST-Prozess
- Anreizsetzung und Anerkennung steigender OPEX sowie vorausschauender Netzplanung durch Regulierungsrahmen
- Balance der erweiterten Befugnisse der BNetzA durch wirksame politische oder rechtliche Mechanismen

Kommunen bei der Wärmeplanung unterstützen und diese planungssicher umsetzen

Thema

Wärmeplanung, Dekarbonisierung

Betroffene Vorschriften

Wärmeplanungsgesetz, BEG

Aktuelle Situation

- Die kommunale Wärmeplanung stellt insbesondere für kleine Gemeinden eine administrative Herausforderung dar
- Inwieweit die kommunale Wärmeplanung zur Investitions- und Planungssicherheit von Bürgern und Unternehmen beiträgt ist noch nicht absehbar
- In geplanten Wärmenetzgebieten kann eine Konkurrenzsituation zwischen dem Wärmenetz und individuellen Wärmelösungen entstehen, die im schlimmsten Fall Unwirtschaftlichkeiten mit sich bringt



Unsere Forderungen

- Anerkennung von einfach zugänglichen datengestützten Werkzeugen zur Durchführung des verkürzten Verfahrens für kleine Kommunen
- Entwicklung von Förderprogramm-Parametern, die Wärmenetze nur dort fördern, wo sie auch aus Kundenperspektive wirtschaftlich sinnvoll sind
- Ergebnisse der kommunalen Wärmeplanung müssen Lenkungswirkung entfalten, sodass u.a. keine Förderung mehr von individuellen Wärmelösungen in geplanten Wärmenetzgebieten erfolgt

Faire Preisbildungsregeln für grüne Wärmenetze schaffen

Thema

Wärmenetze, Preise

Betroffene Vorschriften

AVBFernwärmeV, BEW, Wärmelieferverordnung

Aktuelle Situation

- Gestaltung von Preisänderungsklauseln ist durch unklaren Rechtsrahmen komplex
- Um die Wärmenetze zu dekarbonisieren stehen Wärmeversorger vor enormen Investitionen
- Preise von Wärmenetzen werden divers diskutiert, ohne über Strukturfaktoren aufzuklären
- Wärmeversorger, die möglichst früh ihre Wärmenetze dekarbonisieren, sind aufgrund des weiterhin niedrigen CO₂-Preises und fehlender Skaleneffekte preislich meist benachteiligt



Unsere Forderungen

- Wärmeversorger brauchen mehr Klarheit für eine großflächig und pragmatisch umsetzbare Preisbildung (einseitige Bekanntmachung)
- Einseitige Kostenanpassung bei der Dekarbonisierung von Wärmenetzen ermöglichen
- Bessere Aufklärung von Verbrauchern über die Individualität und begrenzte Vergleichbarkeit von Wärmenetzen
- Zusätzliche Förderung von Gebäudeanschlusskosten an „grüne Wärmenetze“, um Kunden bei den Initialkosten zu entlasten
- Verzicht auf überbordende Verbraucherschutzregeln ohne Mehrwert für den Kunden
- Alle Seiten müssen offen kommunizieren, dass die Preise in dekarbonisierten Wärmenetzen zu Beginn höher sind, sich aber mit der Zeit durch steigende CO₂-Preise auf fossile Wärme ausgleichen
- Grundlegende Überarbeitung der Wärmelieferverordnung, um Fernwärme im Rahmen der Warmmietenneutralität nicht länger zu benachteiligen (Systematik des Kostenvergleichs)

Orientierungsrahmen für Gasverbraucher sowie für Netz- und Speicherbetreiber sicherstellen

Thema

Gasnetz, Transformation

Betroffene Vorschriften

EnWG sowie ggfs. nachgelagerte Verordnungen und/oder behördliche Festlegungen

Aktuelle Situation

- In über 50 Prozent der Wohngebäude und Wohnungen im HanseWerk-Gebiet wird noch mit Gas geheizt
- Steigende Preise mit dem Ziel der Dekarbonisierung des Gassektors bis 2045 (Bundesvorgabe) werden Gas stetig verteuern (CO₂-Preise + steigende Netzentgelte)
- Immobilienbesitzer und Mieter sind weiterhin verunsichert bzgl. der künftigen Wärmeversorgung
- KANU 2.0 sichert die Abschreibung für Bestands- und Neuanlagen im Gasnetz bis 2045 für Netzbetreiber
- Bisher fehlt ein rechtlicher Rahmen zur Realisierung von Wasserstoffspeichern, obwohl sie langfristig notwendig für die Versorgungssicherheit sein werden



Unsere Forderungen

- Rechts- und Planungssicherheit bei den Transformationsaufgaben im Gasbereich durch Umsetzung der EU-Gasbinnenmarktrichtlinie
- Zeitnahe Gestaltung und Kommunikation des Rahmens für die Stilllegung der Gasnetze (Transformationsplan)
- Reduzierung der Verpflichtungen zum Gasnetzrückbau auf das Notwendigste (Stilllegung vor Rückbau)
- Festlegung eines erweiterten Rahmens für Netzbetreiber beim Gasnetzausstieg (z.B. Kostenanerkennung von Entschädigungen bei vorzeitiger Stilllegung ineffizienter Abschnitte)
- Schaffung eines Rechtsrahmens zur Stilllegung von Leitungen auf öffentlichem und privatem Grund
- Überarbeitung des Gasspeichergesetzes, um daraus resultierende Marktverzerrungen zu beseitigen
- Einbezug aller potenziellen Wasserstoffspeicher in die Planungen zum zukünftigen Energiesystem unter besonderer Berücksichtigung des Netzanschlusses

Rechtsrahmen zur Nachnutzung einzelner Gasleitungen für klimaneutrale Gase entwickeln

Thema

Gasleitungen, Wasserstoff, Biogas

Betroffene Vorschriften

EnWG sowie ggfs. nachgelagerte Verordnungen und/oder behördliche Festlegungen

Aktuelle Situation

- Mit dem Klimaneutralitätsziel wird ein großer Teil des Erdgasnetzes absehbar nicht mehr genutzt werden
- Bedarf für klimaneutrale Gase wie Wasserstoff und Biomethan ist aufgrund der Unsicherheiten bzgl. Preisen und Verfügbarkeit weiterhin unklar
- Steigende Unsicherheiten über die Zukunft des Gasnetzes verunsichern die Biogas- und Wasserstoffbranchen



Unsere Forderungen

- Schaffung eines attraktiven Regulierungsrahmens für das Wasserstoffanschlussnetz von Gewerbe- und Industriekunden sowie für die inländische H₂-Erzeugung
- Angemessene regulatorische Anerkennung aller Umstellungskosten von Erdgas auf Wasserstoff
- Vereinfachung und Beschleunigung von Genehmigungsverfahren für Neubau und Umwidmung von H₂-Anschlussleitungen
- Förderung der Erschließung und des Betriebs ausschließlich von regionalen Netzclustern für Biogasanlagen mit langfristiger Versorgungsperspektive

Genehmigungsverfahren beschleunigen und Bürokratie entschlossen abbauen

Thema

Beschleunigung, Genehmigungsverfahren, Bürokratie

Betroffene Vorschriften

EnWG

Aktuelle Situation

- Energiewendevorhaben werden aktuell durch ausufernde Vorgaben und kleinteilige Prozesse verlangsamt, die unnötig Ressourcen binden
- Die Beschleunigung von Genehmigungen erreicht die Verteilnetze bislang nicht gleichermaßen wie EE-Anlagen und das Übertragungsnetz
- Für einen Ersatzneubau in bestehender Trasse muss aktuell ein vollumfängliches, langwieriges Planungsverfahren durchlaufen werden
- Fehlende Planungs- und Rechtssicherheit verhindern notwendige Investitionen in die Netzinfrastruktur, z.B. in das Verteilnetz im Stromsektor oder das Wasserstoffanschlussnetz



Unsere Forderungen

- Detailvorgaben und Komplexität bei Dokumentationspflichten und Genehmigungsverfahren reduzieren
- Bessere Nutzung von eigenem Ermessensspielraum bei Bauprojekten
- Fokussierung auf anerkannte Standards und konsequente Vermeidung von Individuallösungen
- Digitalisierung und Beschleunigung der Genehmigungsverfahren auf allen Ebenen

Speziell für das Stromnetz fordern wir:

- Aufnahme der Hochspannungsebene in § 43n EnWG (Leitungsmitnahme)
- Freistellen von Genehmigungen (Anzeige statt Genehmigung) und Vorrang vor anderen Belangen für Maßnahmen an Bestandstrassen
- Verankerung des Vorrangs von neuen Leitungsbauprojekten inkl. Umspannwerken vor Umwelt- und Artenschutz

Kosteneffizienz bei Maßnahmen der Energiewende verstärkt fokussieren

Thema

Akzeptanz, Kosten der Energiewende

Betroffene Vorschriften

Regulierungsrahmen

Aktuelle Situation

- Steigende Kosten für die Energiewende gefährden die Akzeptanz der Bürger und haben verstärkt Auswirkungen auf den Wirtschaftsstandort Deutschland
- Mit jährlich steigenden Kosten für die Energiewende nimmt auch die Kostenwahrnehmung der Menschen spürbar zu
- Zur Umsetzung der Transformation müssen Betreiber von Energieinfrastruktur einen enormen Investitionsbedarf stemmen
- Netzkosten entstehen durch alle Kundengruppen werden aber nicht auf alle verteilt



Unsere Forderungen

- Synergien zwischen den Sektoren besser nutzen, um Systemkosten zu senken und Ressourcen optimal zu nutzen
- Staatliche Fördermittel und Investitionen auf eine kosteneffiziente Dekarbonisierung konzentrieren
- Reduzierung staatlicher Fördermittel, wo nicht mehr benötigt werden
- Kosteneffizienter Einsatz möglicher zukünftiger Förderungen
- Förderrichtlinien für Investitionsfonds unbürokratisch ausgestalten
- Senkung von Steuern und Abgaben auf den Strompreis für alle

Speziell für das Stromnetz fordern wir:

- Verursachergerechte Verteilung der Netzkosten zwischen allen Nutzergruppen
- Differenzierte Baukostenzuschüsse für alle Kundengruppen